

Zur Lage der Welt

«Ground Zero» der Geopolitik

Wir stehen vor einer Welt, in der sich die geopolitischen und geökonomischen Risiken vervielfachen. Der grösste Teil des Nahen Ostens steht in Flammen. Chinas Aufstieg heizt eine breite Palette territorialer Streitigkeiten in Asien an und stellt Amerikas strategische Führungsstellung in der Region in Frage. Und der russische Einmarsch in der Ukraine hat sich zwar anscheinend zu einem festgefrorenen Konflikt entwickelt, der aber jederzeit wieder ausbrechen könnte. Zudem besteht die Möglichkeit einer weiteren Epidemie, wie die Ausbrüche von Sars, Mers, Ebola und anderen Infektionskrankheiten in den letzten Jahren gezeigt haben. Eine weitere sich abzeichnende Bedrohung sind Cyberkriege. Und nicht zuletzt verursacht der Klimawandel schon jetzt erhebliche Schäden: Extreme Wetterereignisse werden häufiger und tödlicher.



Nouriel Roubini
Ökonomieprofessor
Stern School, New York

«Vielen Menschen in Grossbritannien erscheint die Europäische Union als sinkendes Schiff.»

Ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone ist noch nicht verhindert

Doch es ist Europa, das sich 2016 als «Ground Zero» der Geopolitik erweisen könnte. Zunächst ist ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone wohl nur aufgeschoben und nicht verhindert: Renten- und sonstige Strukturformen bringen das Land auf Kollisionskurs mit seinen europäischen Gläubigern. Ein Grexit seinerseits könnte der Anfang vom Ende der Währungsunion sein. Anleger werden sich fragen, welches Mitglied als nächstes ausscheidet. Ohnehin könnte bei einem Grexit ein Austritt Grossbritanniens aus der EU wahrscheinlicher werden. Verglichen mit einem Jahr zuvor,

ist die Wahrscheinlichkeit eines Brexit gestiegen – aus mehreren Gründen. Die jüngsten Terroranschläge in Europa haben das Land noch isolationistischer gemacht, dasselbe gilt für die Migrationskrise. Unter Jeremy Corbyns Führung ist die Labour Party Euro-skeptischer geworden. Premierminister David Cameron hat sich selbst in eine Sackgasse manövriert, indem er EU-Reformen verlangt hat, die sogar die Deutschen nicht akzeptieren können. Vielen Menschen in Grossbritannien erscheint die EU als sinkendes Schiff.

Käme es zum Brexit, würden weitere Dominosteine fallen. Schottland könnte beschliessen, das Vereinigte Königreich zu verlassen; es würde auseinanderbrechen. Dies könnte andere separatistische Bewegungen – angefangen in Katalonien – bewegen, noch stärker auf eine Unabhängigkeit zu drängen. Und die nördlichen Mitglieder der EU könnten entscheiden, dass sie ohne das Vereinigte Königreich möglicherweise besser dran wären, wenn sie die EU ebenfalls verliessen.

Was den Terrorismus angeht, so stellt sich für Europa aufgrund der schieren Zahl hausgemachter Jihadisten nicht die Frage, ob sich ein neuer Anschlag ereignen wird, sondern wann und wo. Und wiederholte Anschläge könnten das Vertrauen der Wirtschaft und der Verbraucher schwächen und Europas zerbrechliche wirtschaftliche Erholung abwürgen.

Diejenigen, die argumentieren, dass die Migrationskrise ebenfalls eine existenzielle Bedrohung für Europa darstellt, haben recht. Allerdings sind das Problem nicht die eine Million Neuankömmlinge, die 2015 nach Europa gekommen sind. Es sind die 20 Millionen weiteren Menschen, die im Nahen Osten und in Afrika

ihre Heimat verloren haben und verzweifelt bestrebt sind, Gewalt, Bürgerkrieg, staatlichem Versagen, Wüstenbildung und wirtschaftlichem Zusammenbruch in weiten Teilen des Nahen Ostens und Afrikas zu entfliehen. Schafft es Europa nicht, eine koordinierte Lösung für dieses Problem zu finden und eine gemeinsame Ausgrenze durchzusetzen, wird das Schengener Übereinkommen zusammenbrechen, und es werden sich wieder Binnengrenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten bilden.

Reformmüdigkeit kollidiert mit Rettungsmüdigkeit

Zugleich kollidiert die Spar- und Reformmüdigkeit in der Peripherie der Euro-Zone mit der Rettungsmüdigkeit im Kern. Links- und rechtspopulistische Parteien mit ihrer gemeinsamen Feindseligkeit gegenüber Freihandel, Migration, Muslimen und der Globalisierung gewinnen europaweit an Popularität.

Kurz gesagt: Die Kluft zwischen dem, was Europa braucht und dem, was die Europäer wollen, wächst. Und das dürfte 2016 für Ärger sorgen. Die Euro-Zone und die EU stehen vor einer Menge Bedrohungen, die alle gemeinsame Antworten erfordern. Stattdessen sehen wir, dass die Mitgliedstaaten zunehmend eine nationale Politik verfolgen und damit die Chance auf europaweite Lösungen untergraben. Die Migrationskrise ist ein tragisches Musterbeispiel dafür.

Europa braucht mehr Zusammenarbeit, Integration, Risikoaufteilung und Solidarität. Stattdessen scheinen sich die Europäer dem Nationalismus, der Balkanisierung, getrennten Wegen und der Aufspaltung zu verschreiben.

Spekulation Mit Essen spielt man nicht

Heute leiden knapp 800 Millionen Menschen weltweit unter akutem Hunger. Auf dem Höhepunkt der Nahrungsmittelkrise von 2008/09 hungerten rund 100 Millionen Menschen zusätzlich. Warum? Gemäss einhelliger Einschätzung von Vereinten Nationen und Weltbank trug die im Nachgang an die Immobilienkrise verstärkte Spekulation mit Agrarrohstoffen wesentlich dazu bei. Die ETH Zürich beziffert den Einfluss der Spekulation auf die Preisbildung auf «mindestens 60 bis 70 Prozent». Auch Studien der Weltbank halten fest: Spekulation führt zu kurzfristigen Preisblasen, die verheerende Folgen haben sowohl für die Landwirtschaft als insbesondere auch für den Zugang vieler Menschen zu lebensnotwendigen Grundnahrungsmitteln.

Bundesrat sieht keinen Bedarf für eine Regulierung

Zahlreiche internationale Organisationen und Staaten haben seither ihre Einschätzung zur Spekulation mit Nahrungsmitteln revidiert und Massnahmen ergriffen. So schrieb die deutsche Bundesregierung 2014: «Spekulationen an unzureichend regulierten Märkten dürfen nicht zu übertriebenen Preisschwankungen



«Spekulation mit Agrarrohstoffen trägt wesentlich zum Hunger bei.»

Pascale Bruderer
Ständerätin SP

führen. Die Bundesregierung setzt sich daher auf europäischer Ebene für ein Regelungssystem ein, das exzessiven Handelsaktivitäten entgegenwirkt.» Während Deutschland auf die europäische Regulierung setzt, hat Frankreich die Spekulation bereits vor zwei Jahren verboten.

Der Bundesrat jedoch sieht nach wie vor keinen Bedarf für eine Regulierung. Er verzichtet trotz vorhandener Gesetzesgrundlage darauf, in der Verordnung das minimale Instrument der Positionslimiten umzusetzen. Das ist unverantwortlich und einem Land unwürdig, dem als zentraler Rohstoffhandelsplatz eine besondere Verantwortung zukommt. Spekulanten treiben so in der Schweiz ihre Finanzgeschäfte mit Grundnahrungsmitteln.

Darum ist die Spekulationsstopp-Initiative zu begrüssen, über die wir am 28. Februar abstimmen. Sie will die kurzfristige Spekulation

mit Lebensmitteln durch Banken, Versicherungsgesellschaften, Effektenhändler und Hedgefonds auf der Schweiz verbieten. Nicht tangiert wird hingegen die Preisabsicherung an den Börsen; Terminkäufe von Produzenten, echten Handelsfirmen und Endverbraucherinnen sind weiterhin möglich.

Gemäss Schätzung von AllianceSud gab es auf dem Schweizer Finanzplatz 2013 Fonds im Bereich Agrarrohstoffe in der Grössenordnung von fast 6,5 Milliarden Franken. Es handelt sich um ein Geschäftsgebaren, das grosse Reputationsrisiken birgt: Es wäre nicht das erste Mal, dass die Schweiz Politik allzu spät und mit erheblichem Imageschaden auf internationalen Druck reagieren und die nötige Finanzmarktregulierung erlassen würde. Zahlreiche OECD-Staaten haben dies bereits getan. Sie weisen damit den Weg für eine unbürokrati-

sche Umsetzung der Initiative, indem zwischen der schädlichen Spekulation und dem volkswirtschaftlich sinnvollen Hedging mit Agrarkontrakten unterschieden wird. An dieser Praxis orientiert sich auch die EU mit ihrem Regulierungspaket MiFID II.

Initiative schränkt Handel mit Nahrungsmitteln nicht ein

Der eigentliche Handel mit Nahrungsmitteln wird durch die Initiative keineswegs eingeschränkt, sondern wieder auf eine reale Basis gestellt. Unterverbinden will die Initiative einzig die Spekulation – ein hoch fragwürdiges Geschäft, an welchem sich nicht ohne Grund die meisten Kantonalbanken und Pensionskassen gar nie beteiligt haben und aus dem jetzt auch der AHV-Fonds ausgestiegen ist.

Trauriger Fakt ist: Jede Sekunde stirbt ein Mensch an den Folgen von Unterernährung. Verändern lässt sich das leider nicht durch die Spekulationsstopp-Initiative allein. Aber diese verhindert, dass die Schweiz Hand dazu bietet, einen der unnötigsten Gründe für Hunger weiter zu verschärfen. Was wir den Kindern am Familientisch beibringen, sollte auch für die Finanzakteure gelten: «Mit dem Essen spielt man nicht!»

DIALOG



HZ Nr. 1 7.1.2016

«Debatte um den Gotthard»
Warum hat man die Zustimmung zum Gotthard-Basistunnel, mit einer enormen Finanzbürde für das Volk, von demselben Volk bekommen?
Der Verkehr sollte auf die Schiene! Jetzt, da Deutschland und Italien es nicht in der langen Bauzeit dieses Basistunnels geschafft haben, ihre Verbindlichkeiten zum Gelingen dieses Jahrhundertwerks einzuhalten – die Verladekapazitäten

auf ihren Seiten sind nicht vorhanden –, soll der Schweizer Steuerzahler wieder für dieses europäische Versagen Hunderte von Millionen berappen? Dazu wird auch das Versprechen der Politik gebrochen, bei Genehmigung des Basistunnels keine zweite Röhre zu bauen! Hier werden EU-ähnliche Vorgehensweisen praktiziert – politisches Geschäft nach Tageslaune, Versprechen, Verträge, Vereinbarungen von gestern gelten nicht.
Viktor Krupp



HZ Nr. 1 7.1.2016

«Der Blick der Medien auf unsere Währung»
Wie Medien die Schweizer Währung missverstanden.
via@Handelszeitung
Alain Schwald
@AlainS1991

HZ Nr. 1 7.1.2016

«Das kann eine Maschine nie ersetzen»
Berater blicken dank #Digitalisierung und #Social Media optimistisch in Zukunft, da Nachfrage

nach Beratungen wächst.
via@Handelszeitung
Michael Gehrken
@GehrkenMichael

HZ Nr. 1 7.1.2016

«Twitter schraubt an seinem Geschäftsmodell»
Bitte nicht! @Handelszeitung: Lange Nachrichten: Twitter will 10 000 Zeichen erlauben.
Nastasja Sommer
@nastasja_sommer



HZ Nr. 1 7.1.2016

«Vollgeld als Vision»
Ich halte einen zusätzlichen Aufwertungsdruck durch Vollgeld für unwahrscheinlich. Denn wer aufgrund eines schwachen Euro, Pfund oder Dollar sein Geld in der Schweiz sichern möchte, der hat das weitgehend schon getan.
«Jetzt noch mehr Sicherheit in der Schweiz» dürfte kaum zu viel mehr Geldtransfers in die Schweiz führen. Hinzu kommt: Für einige Spekulanten wird

der Schweizer Franken durch die Vollgeld-Initiative unattraktiver und langweiliger. Deshalb wird es auch Abflüsse aus dem Schweizer Franken geben. Der gegenwärtige Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken entsteht aus der anhaltenden und gewollten Abwertung des Euro, Dollar usw. Das sind für die Schweiz externe Faktoren, die sich mit oder ohne Vollgeld gleich darstellen.
Thomas Mayer

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch

Twitter: twitter.com/handelszeitung

Facebook: facebook.com/handelszeitung

Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel